

# Vorsprung durch Technik

**Städte wie Bruchsal und Freiburg beschäftigen sich seit Jahren damit, wie ihre Einwohner heizen. So eine Wärmeplanung könnte bald deutschlandweit auf Kommunen zukommen. Politiker und Energieversorger rufen daher gerade im Südwesten an und fragen: Wie macht ihr das mit der Wärmewende?**

*Autor Thomas Hummel, erschienen in der Süddeutschen Zeitung am 16.06.2023*

Freiburg/Bruchsal – In Bruchsal, Stadtteil Südstadt, am Ende des Eschenwegs steht die neue Wärmewelt. Die örtlichen Stadtwerke bauten in ein denkmalgeschütztes Haus mit Glasfassade ein neues Kraftwerk, in dem sie größtenteils „grüne“ Fernwärme produzieren. Zumindest dann, wenn man Holzreste aus einem naheliegenden Stadtwald als erneuerbare Energie bezeichnet. Neben der Holzverbrennung gibt es eine Solarthermieanlage, ein Blockheizkraftwerk für Biogas, einen Erdgaskessel. Ein Computer regelt, mit welchen Energiequellen sich das Wasser erwärmt, dass dann über Leitungen in die Häuser und Heizungen des Viertels gepumpt wird. Die Erneuerbaren haben Vorrang.

Es ist ein Ingenieurskunstwerk aus Rohren, Ventilen und Kesseln, ein kleiner Blick in die Zukunft der Wärmeversorgung. Und ein Grund, warum nun häufiger Kommunalpolitiker und Energieversorger in der badischen Stadt nahe Karlsruhe mit ihren 46 000 Einwohnern anrufen, um sich zu informieren, wie das so gehen könnte mit der Wärmewende. Denn inmitten des Trubels um die deutschen Heizungen wird deutlich: Einige Städte und Kommunen beschäftigen sich bereits seit Jahren mit dem Thema. Die haben nun einen Vorsprung. Wie die Stadt Bruchsal.

„Wir spielen gerne die Vorreiterrolle“, sagt die parteilose Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick. Sie wolle den Kommunen Mut machen, sich auf die Reise zu begeben. Eine jahrelange Reise mit dem Ziel der „grünen“ Heizung. „Eine Reise, die nicht einfach ist, aber unumgänglich.“ Denn das Aus für Kohle, Gas und Öl werde kommen, wegen des Klimas und wegen der Kosten, da ist sich die 59-Jährige sicher. Und deshalb sei es gut, man fange früh an. Am besten mit einem Plan.

Was in Bruchsal 2018 startete, hat das Land Baden-Württemberg dann all seinen 104 großen Kreisstädten und Stadtkreisen vorgeschrieben. Sie müssen bis Ende dieses Jahres eine kommunale Wärmeplanung vorlegen. In Hessen und Schleswig-Holstein gibt es ähnliche Vorgaben. Nordrhein-Westfalen arbeitet daran. Falls das noch nötig ist, denn nun will auch die Bundesregierung alle Kommunen mit mehr als 10 000 Einwohnern gesetzlich dazu verpflichten, ihre Wärmewende zu planen.

Auf die Bundesrepublik kommt eine fast historische Aufgabe zu, denn noch werden 75 Prozent aller Gebäude mit Erdgas oder Erdöl versorgt. Etwa jede siebte Wohnung ist an Fernwärme angeschlossen, betrieben auch hier größtenteils mit fossilen Brennstoffen. Laut dem Referentenentwurf aus dem SPD-geführten Bundesbauministerium und dem grünen Wirtschaftsministerium soll die Fernwärme nun „grün“ werden, bereits bis 2030 zu 50 Prozent.

Das wird viele Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen stellen. Dennoch drängeln sie.

„Wir brauchen die kommunalen Wärmepläne im Werkzeugkasten für die Wärmewende! So schnell wie möglich!“, teilte Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), bereits im Mai mit. Das Gesetz solle eng mit dem Gebäudeenergiegesetz – im Volksmund: Heizungsgesetz – verzahnt werden. Am Montag sind Vertreter von Wirtschaft und Kommunen bei Bauministerin Klara Geywitz und Wirtschaftsminister Habeck zum „Fernwärmegipfel“ in Berlin eingeladen, von dort aus soll ein „deutliches Aufbruchssignal“ hin zur klimaneutralen Fernwärme ausgehen.

Es geht um das Geschäft der Zukunft. Für viele Stadtwerke und kleinere Versorger geht es wohl auch ums Überleben. Sie stehen vor großen Investitionsentscheidungen. Und vor entsprechend großen Risiken. Eine Befürchtung: Energieversorger bauen nun Kraftwerke und verlegen Leitungen für Millionen Euro, doch in der Zwischenzeit stellen die Leute auf Wärmepumpen um und fallen damit als Kunden aus.

Klaus Preiser steht in Freiburg an der auf einige Meter aufgerissenen Eschholzstraße in der Gartenstadt und blickt hinunter ins Erdreich, wo demnächst meterdicke Fernwärmerohre verlegt werden sollen. Der 61-Jährige ist Geschäftsführer der Badenova Wärmeplus, die sich innerhalb des badischen Energieunternehmens Badenova vornehmlich um erneuerbare Lösungen kümmert. „Das ist unsere Infrastruktur. Wir brauchen eine verlässliche Perspektive, mit der wir arbeiten und kalkulieren können“, fordert er. Der Streit in der Politik rund um die Heizungen werde seiner Ansicht nach auf dem Rücken der Versorger und der Menschen ausgetragen. Es gehe um Energiesicherheit, stabile Preise und um Klimaschutz. Während in der Politik viel Porzellan zerschlagen werde, „arbeiten wir konkret an der Umsetzung“.

Wie beim Gebäudeenergiegesetz langte die Opposition auch bei der Debatte um die Wärmeplanung verbal kräftig hin. Die CSU twitterte „Nein zu staatlicher Heizungsspionage“ und sprach vom „Heizpranger“. Thüringens CDU-Vorsitzender Mario Voigt warf Minister Habeck vor, die „Energie-Stasi“ einsetzen zu wollen wie in einem „Schnüffelstaat“. Kritik kam auch aus der FDP, weshalb der Referentenentwurf nun im gesetzlichen Verfahren feststeckt.

Die Stadt Freiburg war sich da schneller einig. Sie will bis 2035 klimaneutral sein und hat sich wie Bruchsal früh mit den Heizungen beschäftigt. 2019 beauftragte die Stadt ein Ingenieurbüro und Badenova damit, einen „Masterplan Wärme“ zu erstellen. Aufgrund der baden-württembergischen Gesetze konnten diese auf Daten der Schornsteinfeger und Energieversorger zugreifen und so Gebäude für Gebäude ein Wärmekataster anlegen. Auf dieser Grundlage entstand unter anderem ein Stadtplan mit drei Farben: Blau für die Gebiete, wo die Fernwärme kommen soll, vornehmlich in der Innenstadt. Orange dominiert in den Außenbezirken, dort werden sich Hausbesitzer selbst kümmern müssen, was wohl auf Wärmepumpen hinausläuft. Dazwischen gibt es gelbe Flecken, wo das Ziel noch unklar ist. Gelb ist die Problemfarbe.

Nach dem Einmarsch der Russen in die Ukraine und der folgenden Energiekrise seien Stadt und Versorger überrannt worden mit Anfragen, erzählt der Leiter des Freiburger Umweltschutzamtes, Klaus von Zahn: „Kommt bei mir eine Fernwärmeleitung vorbei? Und wenn ja: wann?“ Viele wollten schnell vom Erdgas weg. Wer in gelben Gebieten wohne, für den kön-

ne man die Fragen aber noch nicht beantworten, was bei Einzelnen zu Unmut und Enttäuschung führe, sagt Zahn.

Doch selbst dort, wo der Wärmeplan eindeutig ist, wird es nicht überall einfach, ihn umzusetzen. Selbst im tendenziell umweltbewussten Freiburg. So wurde bislang pro Jahr etwa ein Kilometer neue Fernwärmeleitungen verlegt. Um die Ziele zu erreichen, müssten es acht bis zwölf Kilometer sein. Das könnte den Straßenverkehr teils zum Erliegen bringen. Ein weiteres Problem laut Preiser: „Woher soll die grüne Wärme kommen?“ Vor allem im Winter. Zurück zur aufgerissenen Eschholzstraße. Sind die Leitungen verlegt, ist die anliegende Molkerei Schwarzwaldmilch die Warmwasserquelle dafür. Auch hier bauen Ingenieure und Techniker ein neues Kraftwerk, in dem die Abwärme der Molkerei am Ende bis zu 5000 Haushalte versorgen soll. Noch ist hier eine Baustelle, bis September soll es fertig werden. Kosten: 16 Millionen Euro, zu 40 Prozent gefördert vom Bund. Badenova-Geschäftsführer Preiser erzählt, die Kooperation mit Schwarzwaldmilch sei wirtschaftlich vernünftig, komme aber vor allem deshalb zustande, weil sich die Entscheider in den Unternehmen kennen und vertrauen würden. Schließlich begeben sie sich in gegenseitige Abhängigkeit, da „will und muss man sich dauerhaft aufeinander verlassen können“.

So versuchen sie in Freiburg, nach und nach ihre erneuerbaren Quellen zu erschließen und sich eine neue Wärmeversorgung zu basteln. Es ist ein Plan, der wohl auf alle Kommunen im Land zukommt. Wobei es auch große Lösungen gibt: Mannheim baut am Rhein eine der größten Flusswasserwärmepumpen Europas, andere nutzen Wärme aus Müllverbrennungsanlagen, Klärschlamm oder Abwasser. In Bruchsal schwärmen sie nicht nur von ihrem neuen Kraftwerk in der Südstadt, sondern auch von der Tiefengeothermie.

„Wir wollen die Botschaft senden: Es kann funktionieren“, sagt Oberbürgermeisterin Petzold-Schick. Sie verweist auf eine Pilotanlage auf dem Stadtgebiet, die seit den 1980er-Jahren warmes Wasser aus tiefen Schichten fördert. Seismische Veränderungen, also etwa kleine Erdbeben, habe es seitdem nicht gegeben. Auch der Untergrund habe sich nicht gehoben. Deshalb wolle die Stadt in Kooperation mit dem Energieunternehmen EnBW die Anlage ausbauen. Zudem werden ein paar Kilometer außerhalb Bohrungen für ein Geothermiekraftwerk durchgeführt, das einmal weite Teile der Region versorgen könnte.

Petzold-Schick glaubt, der Wandel sei nicht mehr aufzuhalten. Einerseits verlange die Industrie nach erneuerbarer, preisstabiler Energie. Kommen weitere, größere Abnehmer hinzu wie Schulen, Sportvereine, Kirchen oder Seniorenheime, würden sich die Projekte bald rechnen. „Aber am Ende brauchen wir auch die Bürgerinnen und Bürger, die mitmachen“, sagt sie. Um die zu kriegen, müsse man viel kommunizieren, „die Menschen wollen gesehen werden“. Und es braucht eine Strategie. Weshalb Bruchsal's Oberbürgermeisterin sagt: „Das Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung ist absolut sinnvoll.“